

14.03.2017



Flüchtlingsrat fordert Aus für Sammelunterkünfte

Keine Privatsphäre, keine Ruhe zum Deutsch-Lernen, hohes Konfliktpotenzial: Massenunterkünfte für Flüchtlinge stehen der Integration entgegen, sagt beispielsweise der Flüchtlingsrat. Dennoch sind sie Kritikern zufolge in zu vielen Kommunen Alltag.

Frankfurt/Main (dpa/lhe) - Der hessische Flüchtlingsrat und die Liga der freien Wohlfahrtspflege fordern Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden. Sie kritisieren, dass nach wie vor viele Flüchtlinge in Sammelunterkünften leben. Lässt sich eine Heimunterbringung nicht vermeiden, dann sollte es in der Einrichtung höchstens 50 Plätze geben, sagte der Geschäftsführer des Flüchtlingsrates, Fritz Rickert, der Deutschen Presse-Agentur. «Alles darüber hinaus führt zu einer starken psychischen Belastung.» Wegen der mangelnden Privatsphäre drohten Konflikte.

Der Flüchtlingsrat hat seit Sommer 2016 mehrere Unterkünfte in Hessen besucht und sich über die Unterbringung informiert. «Es gibt hessenweit viele Unterkünfte, in denen mehr als zwei, zum Teil bis zu sechs Menschen in einem Zimmer untergebracht sind», kritisierte Rickert. «In vielen Unterkünften gibt es weder Gemeinschaftsräume, Ruheräume noch Spielzimmer.» Folge sei oft ein hoher Lärmpegel, etwa weil Kinder zum Spielen auf die Flure gingen und Nachbarn unterschiedliche Tagesrhythmen hätten.

Die freie Wohlfahrtspflege und der Flüchtlingsrat fordern unter anderem neun Quadratmeter Wohnfläche pro Erwachsenen und sechs Quadratmeter für jedes Kind. Für eine menschenwürdige Unterbringung müsste es auch ein Mindestmaß an Duschen und Toiletten geben. Uns ist zudem wiederholt berichtet worden, dass die Menschen gerne Deutsch lernen wollen, aber in der Unterkunft keine Möglichkeit zum Rückzug haben», erzählte Rickert. «Darüber hinaus fördern Gemeinschaftsräume das Miteinander in der Unterkunft und auch den Kontakt zu Ehrenamtlichen. Viele Migranten wünschten sich mehr Kontakt zu der restlichen Nachbarschaft, berichtete Rickert. Dies sei schlecht möglich, wenn Unterkünfte abseits, etwa in Gewerbegebieten, eingerichtet würden. «Das führt zur Isolierung, Vorurteile werden begünstigt.» Auch bei der Sozialarbeit sieht der Flüchtlingsrat in Hessen Nachholbedarf, eine fundierte Unterstützung der Flüchtlinge sei oft unmöglich. Dafür seien eine Sozialarbeiterstelle pro 80 Bewohner nötig. «Hier besteht vielerorts starker Nachholbedarf.»

Der Geschäftsführer des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Karl-Christian Schelzke, plädiert für eine menschenwürdige Unterbringung - festgezurrte Standards dafür brauche es jedoch nicht. «Eine dezentrale Unterbringung finden wir gut», sagte Schelzke. Allerdings fehle dafür vielerorts der Wohnraum. Ähnliche Worte kommen vom Geschäftsführenden Direktor des Hessischen Landkreistages, Jan Hilligardt. Die Versorgung mit menschenwürdigem und angemessenem Wohnraum habe in den 21 Kreisen oberste Priorität. Die Art und Weise der Unterbringung richte sich aber nach den örtlichen Gegebenheiten. «Die Definition von einheitlichen Standards halten wir vor diesem Hintergrund für wenig zielführend.»

Insgesamt ist die Situation in den hessischen Unterkünften nach Einschätzung des Flüchtlingsrates sehr heterogen. Auch Rickert sieht die fehlenden freien Wohnungen als Problem. «Selbst wenn Geflüchtete aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen dürfen, sind viele weiterhin gezwungen, dort zu leben, da sie keine Wohnungen finden», sagte er. Der soziale Wohnraum in Hessen schwinde seit längerem. Allein zwischen 2005 bis 2015 sei die Zahl der Wohnungen in der sozialen Wohnraumförderung von knapp 143 400 auf rund 100 660 gesunken, sagte Rickert und bezog sich auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion.

Der Städte- und Gemeindebund sieht gute Chancen für Flüchtlingsfamilien abseits der Ballungsräume. «Ein Umzug in ländliche Regionen geht jedoch nicht zwangsweise, sondern mit guten Anreizen», sagte Schelzke. Vor Ort sollten den Einheimischen die Vorzüge der Zuwanderung deutlich gemacht werden. Dies könnte beispielsweise für einen Handwerksbetrieb gelten, der einen Nachfolger sucht.

Mit freundlicher Genehmigung der dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH, Hamburg, www.dpa.de.